

Bericht Nr. 2024 der Aufsichtskommission zum 132. Jahresbericht des Bürgerrates für das Jahr 2007

Dem Bürgergemeinderat zugestellt am 6. Juni 2008

In Erledigung ihres Auftrags gemäss § 12d Ziffer 2 der Gemeindeordnung legt die Aufsichtskommission (AK) dem Bürgergemeinderat (BGR) ihren jährlichen Bericht zum 132. Jahresbericht des Bürgerrates (BR) für das Jahr 2007 vor und berichtet gleichzeitig über die laufende Überprüfung der Verwaltung der Bürgergemeinde vom Mai 2007 bis und mit April 2008.

Der Bericht ist in folgende Kapitel gegliedert:

1. Zusammensetzung und Arbeitsweise der Kommission
2. Besondere Feststellungen
 - 2.1 Erfahrungen mit der neuen Gemeindeordnung
 - 2.2 Neue Aufgaben für die Bürgergemeinde
 - 2.3 Kommunikation
3. Bemerkungen und Ergänzungen zum Jahresbericht durch die AK
 - 3.1. Zentrale Dienste
 - 3.2. Christoph Merian Stiftung
4. Bemerkungen und Ergänzungen zum Jahresbericht durch die Sachkommissionen
 - 4.1. Bürgerspital
 - 4.2. Sozialhilfe
 - 4.3. Waisenhaus
5. Antrag

1. Zusammensetzung und Arbeitsweise der Kommission

Die Aufsichtskommission setzte sich wie folgt zusammen:

Dr. Dieter Werthemann, Präsident	(LDP, bis 31.3.08)
Kurt Bachmann	(parteilos)
Eva Dietschy	(Grüne)
Dr. Markus Grolimund	(FDP)
Sereina Herzog	(SP)
Marcel Rünzi	(CVP)
Christa Zweiacker	(SP)

Mit der Berichterstattung über die einzelnen Institutionen der Bürgergemeinde und über die Christoph Merian Stiftung wurden die nachfolgenden Delegationen betraut:

- Bürgerspital Sachkommission Bürgerspital
- Sozialhilfe: Sachkommission Sozialhilfe
- Waisenhaus: Sachkommission Waisenhaus
- Zentrale Dienste Dr. M. Grolimund, S. Herzog
- Christoph Merian Stiftung: K. Bachmann, E. Dietschy, C. Zweiacker

Die Aufsichtskommission hat im Verlauf des Berichtsjahres (2007) insgesamt 9 Sitzungen abgehalten.

Im 1. Semester 2007 wurden 5 Sitzungen zur Vorbereitung des Berichtes über den 131. Jahresbericht 2006. Im 2. Semester 2007 wurden für das Controlling sowie zur Vorbereitung des Produktesummenbudgets 2008 wie auch der Lohnrunde 2008 4 Sitzungen durchgeführt. Zur Prüfung des Jahresberichtes 2007 sowie diverser Traktanden waren im 2008 bis heute weitere 7 Sitzungen nötig.

Das Protokoll besorgte Karin Senn von den Zentralen Diensten. Für die zuverlässige Protokollführung sei der Verfasserin der beste Dank ausgesprochen. Speziell möchte die Kommission Frau Senn für ihre sorgfältige und kompetente Unterstützung in der Vor- und Nachbereitung der Kommissionsgeschäfte danken.

2. Besondere Feststellungen

2.1 Erfahrungen mit der neuen Gemeindeordnung

Wie vor einem Jahr stellt die AK auch heuer fest, dass gerade bei Bürgergemeinderäten das Verständnis für deren neue Rolle noch gefördert werden sollte. In diesem Sinne wurde die im letzten Herbst abgehaltene Klausur im Waisenhaus sehr begrüsst, ist aber nur der Anfang eines Prozesses, der bei weitem noch nicht abgeschlossen ist. Die AK möchte betonen, dass der BGR heute gegenüber der früheren Ordnung mehr Kompetenzen und Verantwortung hat, diese aber neu und anders als früher sind, und deshalb noch zu wenig im Bewusstsein des einzelnen Bürgergemeinderates verankert sind.

Neu in die Zuständigkeit des BGR fällt beispielsweise der Beschluss von Produktgruppen mit deren Globalbudget und den entsprechenden Leistungsaufträgen (BaB 111.100, § 12 Ziff. 3b). Es ist deshalb Aufgabe der entsprechenden Sachkommissionen, sich bei der Gestaltung von neuen Leistungsaufträgen aktiv einzubringen (§12f, Ziff. 2), um mit entsprechenden Anträgen bei der Debatte im Bürgergemeinderat den politischen Willen des BGR besser zum Ausdruck zu bringen. Dieser Prozess soll nicht nur ein passives Durchwinken des bürgerrätlichen Vorschlags sein; denn die inhaltliche Verantwortung liegt einzig und alleine beim BGR (BaB 111.100, §2b Ziff 1). Auch der Detaillierungsgrad der Vorgaben eines Leistungsauftrages bestimmt der BGR (§2b Ziff 3). Um diesbezüglich die volle Verantwortung zu übernehmen, ist unter anderem für den BGR die Kenntnis und richtige Interpretation beispielsweise der finanziellen Eckdaten einer Produktgruppe eine Voraussetzung. Deshalb ist es der AK ein grosses Anliegen, dass bei der Vorlage von zukünftigen Globalbudgets bei der Verabschiedung von Leistungsaufträgen die finanziellen Daten in einer Art und Weise dargestellt werden, welche jedem BGR die Interpretation der finanziellen Situation erleichtert und damit auch transparenter macht. In Analogie gilt Ähnliches auch für den Controlling-

Prozess, welcher von den zuständigen Sachkommissionen kritisch wahrgenommen werden sollte (§12f, Ziff. 2).

Die AK stellt zwar für das Jahr 2007 fest, dass die Verwaltung sich bemüht, die Vorlagen dem BGR transparenter zu gestalten, ist aber der Meinung, dass der BGR nach wie vor allzu oft die Vorlagen des BR zu wenig hinterfragt und kommentarlos durchwinkt. Um diesem Phänomen entgegen zu wirken, wäre eine frühere Zustellung der Unterlagen an das Parlament förderlich (v.a. Leistungsaufträge und Globalbudgets).

2.2 Neue Aufgaben für die Bürgergemeinde

Der Grosse Rat hat am 9. April 2008 die Änderung des Sozialhilfegesetzes beschlossen und damit der Bürgergemeinde die Aufgabe „Sozialhilfe“ entzogen. Die vom Kanton offerierten Aufgaben als Kompensation sind aus Sicht der AK kein gleichwertiger Ersatz. Der Verlust eines ganzen Departements kann nicht durch eine Ausweitung eines anderen Departements kompensiert werden. Was aber vor allem störend wirkt, ist die Bedingung des Kantons, dass die neuen Aufgaben nur dann zur Bürgergemeinde kommen können, falls die Sozialhilfe transferiert würde. Diese Verknüpfung findet auf der sachlichen Ebene keine Argumentation. Entweder sind die neuen Aufgaben bei der Bürgergemeinde besser aufgehoben als beim Kanton, dann sind sie dies auch falls die Sozialhilfe bei der Bürgergemeinde bleibt, oder es gibt Argumente unabhängig von der Sozialhilfe für deren Verbleib beim Kanton. Das Resultat der bisherigen Verhandlungen zwischen Bürgerrat und Regierungsrat lässt die AK vermuten, dass die Regierung das Potential der Bürgergemeinde als effiziente Dienstleisterin nicht wahrnimmt.

2.3. Kommunikation

Im vergangenen Jahr wurden in den Medien vor allem die folgenden zwei Themen der Bürgergemeinde kommentiert: Der Transfer der Sozialhilfe und die Führungsverhältnisse im Waisenhaus. Die AK ist überzeugt, dass nicht nur die Inhalte, sondern auch die Art und Weise, wie die BG nicht nur gegenüber der Öffentlichkeit, sondern auch intern kommuniziert, ein wesentlicher Faktor für deren Wahrnehmung in der Bevölkerung ist.

Im Fall Sozialhilfe stellt die AK fest, dass die Kommunikation klar den Standpunkt der BG vermitteln konnte. Im Fall Waisenhaus gibt es aus Sicht der AK noch Verbesserungspotenzial. Der zeitliche Ablauf der einzelnen Mitteilungen war nicht optimal. Auch wurden die verschiedenen Stakeholders (Öffentlichkeit, Mitarbeiter, zuständige Kommissionen, Beschwerdeführer, etc) nicht adäquat zum richtigen Zeitpunkt informiert. Ebenso war die Kommunikation aus Sicht der AK nicht frei von Widersprüchen.

3. Bemerkungen und Ergänzungen zum Jahresbericht durch die AK

3.1. Zentrale Dienste

Einbürgerungen

Die Einbürgerungskommission hat in den letzten zwei Jahren den Pendenzenberg an Gesuchen zum grössten Teil abgebaut, sodass per Ende des Berichtsjahres nur noch 110 unbehandelte Bürgerrechtsbegehren anstanden (Vorjahr: 455). Es darf darum erwartet werden, dass auch die Zahl der in einer Sitzung der Einbürgerungskommission zu behandelnden Gesuche sich auf ein normales Mass von 8 Gesuchen reduzieren wird. Dies erscheint der Aufsichtskommission auch als wünschenswert. Der angekündigte Einnahmerückgang bei den Einbürgerungsgesuchen ist im Berichtsjahr 2007 mit CHF 120'000 eingetreten. Ursachen dafür sind die gesunkenen Einnahmen

durch Gebührenanpassungen und andererseits die geringere Anzahl an Gesuchen. Im Jahr 2008 wird nun erneut mit einer Reduktion der Einnahmen gerechnet, wobei erwartet wird, dass diese geringer ausfallen wird als im aktuellen Berichtsjahr. Die Produktegruppe bleibt aber kostendeckend.

Seit Januar 2008 hat die Befragung der Gesuchsteller mittels Fragebögen, welche an den Bürgerbriefabgaben ausgeteilt werden, begonnen. Eine erste Analyse zur „Kundenzufriedenheit“ in diesem Bereich soll ab Mitte 2008 möglich sein.

Liegenschaften

Brutto- und Nettorendite halten sich bei den Mietliegenschaften der Bürgergemeinde (18 Liegenschaften) im Vorjahresschnitt. Gegenüber dem Vorjahr waren leicht mehr Leerstände zu verzeichnen. Wesentlich mehr investiert wurde im Berichtsjahr in den Unterhalt der Liegenschaften (+ CHF 150'000). Aufgrund der bereits im letzten Bericht angesprochenen Analyse konnte festgestellt werden, dass insbesondere beim Liegenschaftsunterhalt ein Nachholbedarf besteht. Die Aufsichtskommission begrüsst die vermehrten Anstrengungen im Bereich Liegenschaftsunterhalt (auch Anpassungen an Sicherheitsstandards), um die Liegenschaften auch für die Zukunft auf einem guten, zeitgemässen Stand zu halten und damit nach Möglichkeit Kostenrisiken zu vermeiden.

Forst

Die AK konnte mit Genugtuung feststellen, dass sich der Forstbereich weiter erfreulich entwickelt. Es ist zu hoffen, dass die laufenden Verhandlungen mit dem Kanton und der Gemeinde Riehen weiterhin positiv im Hinblick auf eine bessere Synergiennutzung entwickeln. Auch wenn nach wie vor rund CHF 100'000 in diesen Bereich investiert werden, erscheint diese Investition gemessen am Bevölkerungsnutzen jedenfalls gerechtfertigt.

Kiesgrube

Mit rund CHF 300'000 wird aus der Kiesgrube ein relativ konstanter Gewinn erwirtschaftet. Zur „unendlichen Geschichte“ scheint sich allerdings die Umsiedlung resp. Ansiedlung der Kreuzkröte zu entwickeln. Der Bürgerrat setzt sich hier richtigerweise für die Wahrung der Eigentümerinteressen ein; dafür ist auch ein „gesundes politisches Augenmass“ notwendig.

Stiftungserträge

Im Berichtsjahr sind die Stiftungserträge leicht rückläufig (-4,7 %). Bei den Ertragsausschüttungen sollen entgegen früheren Einschätzungen Einschränkungen durch enge Zweckformulierungen praktisch allen Fällen durch Auslegung der Grundlagen gelöst werden können. Zweckänderungen sollen nach Aussagen des Bürgerrates kaum notwendig werden. Die Aufsichtskommission wird in diesem Sinne den Bereich Stiftungen weiterhin beobachten, mit dem Ziel, dass die hier zur Verfügung stehenden Mittel auch in jedem Fall zweckmässig eingesetzt werden können.

3.2. Christoph Merian Stiftung

Aus dem Anteil der Bürgergemeinde am Ertrag der Christoph Merian Stiftung wurde im Jahr 2007 ein Gesamtbetrag von CHF 4,6 Mio für über 50 Projekte bewilligt.

Das Engagement im Bereich der Produktegruppe Soziales beträgt 85 % des Gesamtbetrages. Die vom Bürgerrat definierten Produkte sind:

1. Linderung der Armut: Investition CHF 1,4 Mio.

Die Förderschwerpunkte sind die Sozialhilfe mit CHF 500'000 und die Schuldenberatungsstelle plusminus mit CHF 300'000.

2. Unterstützung von Kindern/Jugendlichen: Investition CHF 1,6 Mio.

Die grossen Ausgaben betreffen die Tagesferien mit CHF 336'000 und das Kinderbüro mit CHF 270'000.

3. Quartierentwicklung/Integration Investition CHF 590'000.

Das Hauptgewicht betrifft die Defizitgarantie des Kultur- und Begegnungszentrums Union mit CHF 225'000.

In diesem Zusammenhang wirft die AK die Frage auf, ob die Produktegruppe Soziales mit CHF 3,9 Mio Investition nicht einer differenzierteren Aufgliederung in verschiedene Produktegruppen bedarf.

Neue Projekte wurden vor allem im Armutsbereich lanciert und mitgetragen: Das Selbsthilfeprojekt „Planet 13“ bietet kostenlosen Zugang zum Internet. Die Kontaktstelle „koop“ ist ein Pilotprojekt für Langzeiterwerbslose zur beruflichen Wiedereingliederung, und das „Stadthelfer-Zentrum“, das in Zusammenarbeit mit der Sozialhilfe entstand. Noch vor seiner Eröffnung konnten wir BürgergemeinderätInnen die Räumlichkeiten besichtigen und waren nachhaltig beeindruckt.

Die Produktegruppe Natur & Umwelt erhält einen prozentualen Anteil von 11 % des Gesamtertrages.

Der Merianpark wurde mit CHF 360'000 bedacht, und die Waldungen der Bürgergemeinde erhielten CHF 140'000.

Auf die Produktegruppe Städtische Kultur entfallen 4 % der Ausgaben.

Zur Förderung der Stadtsprache ist das Baseldeutsche Wörterbuch als neues Projekt hervorzuheben. Unterstützt werden zusätzlich Basler Geschichte engl/dt., Publikation Tot in Basel und Geschichte der Stadtmauern.

Die AK möchte ihre Wertschätzung gegenüber der CMS ausdrücken, die mit Sorgfalt unentwegt, weitsichtig und vorausplanend projektiert und somit unsere Stadt auf verschiedenen Ebenen mitgestaltet und die der sozialen Skulptur wesentlich zu ihrer Form verhilft.

4. Bemerkungen und Ergänzungen zum Jahresbericht durch die Sachkommissionen

4.1 Bürgerspital

Einleitung

Das Betriebsjahr 2007 des Bürgerspitals stand unter einem guten Stern. Dur - Klänge überwiegen. Mit einem Gewinn von CHF 2.03 Mio. wurde sowohl der budgetierte (CHF 0.98) als auch der vorjährige (CHF 0.93 Mio.) Betriebsüberschuss übertroffen. Zu dem guten Betriebsergebnis führten vor allem die hohen Fallzahlen bei den beruflichen Massnahmen sowie die überdurchschnittlich gute Auslastung in der Reha Chrischona. Den Mitarbeitenden aller Stufen sei für dieses gute Betriebsergebnis herzlich gedankt.

Handelt es sich bei diesem guten Abschluss um eine Trendwende oder lediglich um ein Zwischen-hoch? Wenn auch die Geschäftsleitung des Bürgerspitals ihren Jahresbericht unter das

Stichwort "Stabilität" stellt, so gehört leider zu dieser Stabilität auch eine nur schwer beeinflussbare Struktur des Betriebserfolges. Sowohl die Einnahmen wie der Aufwand sind weitgehend fremdbestimmt: Auf der Einnahmenseite für die Reha Chrischona durch immer noch nicht kostendeckende Tarifvereinbarungen mit dem Kanton Basel-Stadt sowie durch eine Bettenbelegung am oberen Plafond, welche ohne zusätzlichen Betriebsaufwand (bauliche Massnahmen, zusätzliches Personal) nicht mehr steigerbar ist. In den übrigen Geschäftsbereichen präsentiert sich die Situation ähnlich. Auch die Kapitalerträge sind weitgehend fremdbestimmt durch die Grosswetterlage an den Börsen.

Auf der Aufwandseite sind die Personalkosten, ein zentraler Aufwandsposten, vorgegeben durch langfristige Arbeitsverträge und durch Lohnbeschlüsse der Bürgergemeinde. Auf der Aufwandseite werden im 2008 zusätzlich und neu die regelmässigen finanziellen Belastungen durch den Neubau an der Flughafenstrasse anfallen. In all dem werden für die Verantwortlichen des Bürgerspitals Grenzen unternehmerischen Handelns schmerzlich spürbar.

Dass trotz dieser einengenden Rahmenbedingungen im 2007 zahlreiche betriebswirtschaftlich sinnvolle Initiativen und Einzelentscheide zur Steigerung des Ertrags und zur Verringerung des Aufwandes geführt haben, verdient hohe Anerkennung seitens der Bürgergemeinde.

(Hansruedi Rytz)

Produktegruppe „Medizinische Rehabilitation“

Die Jahresrechnung 2007 schliesst erfreulicherweise mit einem kleinen Ertragsüberschuss ab. Obwohl auf der Einnahmeseite keine wesentlichen Tarifierhöhungen vorgenommen wurden und somit die realen Kosten mit diesen Taxen eigentlich nicht vollumfänglich abgegolten wurden, konnten durch eine deutlich erhöhte Bettenbelegung die durchschnittlichen Kosten pro Pflorgetag gesenkt werden.

Diese positive Entwicklung ist sicher auch das Resultat der verschiedenen nun abgeschlossenen Umbauten im Hause, wovon nicht zuletzt auch die Hotellerie profitiert hat. Dies spiegelt sich auch im leicht angestiegenen Zufriedenheitsgrad bei der Patientenumfrage wider.

(Barbara Graber)

Produktegruppe „Betreuung von Betagten“

Rahmenvertrag

Für das Berichtsjahr gilt der zwischen dem Kanton Basel – Stadt und dem Verband der gemeinnützigen Basler Alters- und Pflegeheime (VAP) für die Periode 2007 – 2011 abgeschlossene Rahmenvertrag. Dieser regelt die Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl Pflegeplätze für die Basler Bevölkerung auf einem guten Qualitätsniveau. Auch regelt er die im individuellen Leistungsauftrag enthaltenen Vorgaben, wie Qualitätssicherung, Festlegung der Tagestaxen und die Grundlagen für die Liegenschaftsbeiträge. Auf der Basis der fünfjährigen Leistungsvereinbarung arbeiten die Heime in Eigenverantwortung.

Belegung / Wartelisten

Der Bedarf an Heimplätzen hat im Jahre 2007 massiv zugenommen, ein Trend der weiterhin anhalten wird. Obwohl zukünftige Pensionäre eine lange Wartezeit in Kauf nehmen müssen, bereitet die Belegung von Doppel- oder gar Dreierzimmern zunehmend Probleme.

Die hohe Auslastung von 98% liefert eine Grundlage für einen positiven Jahresabschluss der Rechnung des Bürgerspitals. Bemerkenswert ist, dass dieser hohe Wert trotz vorübergehender

Ertragsausfälle zu Stande kam. Dieser vorübergehende Einbruch der Belegung beruhte auf der Umstrukturierung des Pflegewohnheimes am Bruderholz, mit dem Ziel, ein Haus für ausschliesslich psychogeriatrische Bewohnerinnen und Bewohner zu schaffen. Auch hier macht sich ein zunehmender Bedarf bemerkbar.

Arbeitsplätze für Menschen mit einer Behinderung

Die im Rahmen *Gastro+* in den Alters- und Pflegeheimen *Weiherweg* und *Lamm* geschaffenen Arbeitsplätze für Menschen mit einer Behinderung bieten den Beschäftigten sinnvolle und gefragte Arbeitsplätze. Erfreulich ist die kostenneutrale Ausgestaltung dieser Plätze, welche durch eine Aufkündigung des Fremdauftrages an die GAW geschaffen werden konnten.

Synergien / Optimierung

Mit der Zusammenlegung der Leitung des Pflegewohnheims Sonnenrain (51 BewohnerInnen) und dem Pflegewohnheim Lindenhof (33 BewohnerInnen) konnten weitere, sinnvolle und kostensparende Synergien geschaffen werden.

Es ist erfreulich, dass sich das Bürgerspital mit seinen Alterzentren und Pflegewohnheimen, sowohl in der Planung als auch in der Umsetzung, weiterhin auf Erfolgskurs bewegt.

Zufriedenheit der Bewohner

Die durch Erhebungen festgestellte Zufriedenheit der stationären und teilstationären Bewohnerinnen kommt bei den stationären Bewohnerinnen und Bewohner mit 93% nahe an den vorgegebenen Soll-Wert von 95% heran. Bei den Teilstationären erreicht er gar 100% Zufriedenheit. Gegenüber dem Vorjahr mit 96%, ein hervorragendes Resultat, zu dem allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein „Kränzchen“ gewunden werden darf.

Messung des Qualitätsindikators Schmerz

Dass bei der Messung des Indikators *Schmerz* kein Mittelwert errechnet wird, ist nachvollziehbar dargestellt. Es ist für den Laien gut nachvollziehbar, dass eine nach einheitlichen Kriterien durchzuführende Messung und Auswertung schwierig sein dürfte.

Globalbudget

Im Globalbudget ist vorgesehen, dass max. 60% des Vermögensertrages zur Deckung des Defizites eingesetzt werden können. Dank der erwähnten hohen Auslastung wurde nur 43% des budgetierten Betrages von CHF 3'3 Mio. beansprucht.

(Marcel Rünzi)
(Heinrich H. Heusser)
(Heidi Keller)

Produktgruppe „Betreuung und Förderung von Menschen mit einer IV-Rente“

„Abklärung, Neu- und/oder Wiedereingliederung von versicherten Personen ins soziale Umfeld und ins Berufsleben“

Die Erfüllung der Leistungsbestellungen durch den Bund; das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) und die IV – Stellen, aber auch durch die Privatversicherungen, fordern vom Bürgerspital unterschiedliche und sehr anspruchsvolle Ansprüche. Die Erfüllung dieser vielfältigen Aufträge hat das Bürgerspital auch im Berichtsjahr erfolgreich und mit hohem Engagement gemeistert.

Der Soll-Wert der betrieblichen Zielsetzung, Indikator *Zufriedenheit der Auftraggeber* von 95% der Befragten, konnte zwar auch im Berichtsjahr mit 91.5% nicht erreicht werden (Vorjahr 93%). So bleibt die Verbesserung der Zufriedenheit der Kundinnen und Kunden eine permanente Herausforderung, der sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bürgerspitals nach Kräften stellen.

Bei der individuellen und gezielten Förderung von Bewohnerinnen und Bewohnern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und versicherten Personen in eine Integrationsmassnahme wird der geforderte Sollwert von 95% (gemäss BSV-Zertifizierung) mit einem Ergebnis von 100% sehr gut erfüllt.

Die unternehmerisch geführten Betriebe beeindrucken mit qualitativ hochwertigen Leistungen und einem auch für den Aussenstehenden spürbaren, angenehmen Arbeitsklima. Hier arbeiten Menschen mit Freude und Einsatz. Die im Jahresbericht aufgeführten und von Vertretern der Sachkommission teilweise auch besuchten Betriebe, die Transform, der Versandhandel, die Schreinerei und das Graphische Zentrum überzeugen mit hervorragenden Produkten und einem ausgezeichneten Erscheinungsbild. In einem mehrfach schwierigen Umfeld solche Leistungen zu erbringen, verdient hohe Anerkennung.

Globalbudget

Das ungünstig erscheinende Defizit (CFH 3.34 Mio. statt der budgetierten CFH 2.5 Mio.) enthält Sonderabschreibungen auf den Liegenschaften Burgfelderhof und Pfaffenholz von CFH 1.33 Mio. Das operative Geschäft selbst hat somit besser abgeschnitten als budgetiert (CFH 2.01 Mio. statt CFH 2.5 Mio.).

(Marcel Rünzi)
(Heinrich H. Heusser)

Produktgruppe „Abklärung von Klientinnen und Klienten im Hinblick auf eine berufliche Wiedereingliederung“

Die Sachkommission des Bürgerspitals nimmt an ihrer Sitzung vom 24. April 2008 zur Kenntnis, dass die Rechnung der Sparte *„Abklärung von Klientinnen und Klienten im Hinblick auf eine berufliche Wiedereingliederung“* ausgeglichen gestalten werden konnte. Dies obwohl die gewünschte Quote von 130 Fällen nicht ganz erreicht wurde. Da die Erfolgsquoten daran gemessen werden, ob eine Wiedereingliederung einer Klientin oder eines Klienten einer richterlichen Beurteilung stand hält und dies nur in den seltensten Fällen überhaupt durchgeführt wird, kann das Ergebnis offiziell nicht überprüft werden. Es wurde von den 117 Abklärungsberichten kein einziger Fall angefochten, dies belegt die hohe Qualität dieses Aufgabenbereichs.

(Andreas Ungricht)

4.2 Sozialhilfe

Das Jahr 2007 war für die Sozialhilfe der Stadt Basel finanziell ein erfolgreiches Jahr. Für die Führung der Sozialhilfe war es aber auch ein anstrengendes Jahr.

Es ist erfreulich, dass der Trend wonach die Sozialhilfe von weniger Menschen beansprucht werden muss, auch im Berichtsjahr 2007 anhielt. Die allgemein gute wirtschaftliche Lage wirkte sich auf den Arbeitsmarkt aus. So hat sich die Zahl der Arbeitslosen im Berichtsjahr weiterhin reduziert. Es konnten durch erfolgreiche Integration in Arbeit mehr Fälle abgelöst werden und es wa-

ren weniger Neuaufnahmen zu verzeichnen. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Fallbestand mit 5'383 Dossiers um 7.7% (450 Dossiers) verringert. Der Totalaufwand für die Sozialhilfe ist von CHF 207'162'799.-- im Berichtsjahr, gegenüber dem Vorjahr mit CHF 221'495'038.--, um 7% zurückgegangen. Leider verringerte sich auch der Ertrag, von CHF 72'611'109.-- im 2007, gegenüber CHF 78'543'643.-- im 2006 (-7.6%). Es verbleibt damit im 2007 ein Aufwandüberschuss von CHF 133'725'084.--, gegenüber dem Vorjahr 2006 mit CHF 142'301'830.-- (-6%). Die Unterstützungskosten haben sich gegenüber dem Vorjahr um CHF 14.2 Mio. reduziert (- 8%).

Zum eher pessimistisch ausgelegten Budget präsentiert sich die vorliegende Rechnung 2007 mit einer Unterschreitung des Budgets um CHF 28 Mio. als erfreulich. Dennoch, der immer noch hohe Aufwand für die Sozialhilfe bildet weiterhin einen erheblichen Posten in der Rechnung unseres Gemeinwesens.

Die Sozialhilfe Basel hat auch im Berichtsjahr 2007 innovativ und kreativ gearbeitet. Die Basler Case Management Beratung ist in der Schweiz und über die Landesgrenzen hinaus auf ein grosses Interesse gestossen. Die Anstrengungen zur Bewältigung der Jugendarbeitslosigkeit haben Früchte getragen. Das zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit gegen Ende des Jahres 2006 vorgestellte Massnahmenkonzept bildete die Grundlage für die weiteren Arbeiten. In diesem Zusammenhang wurde im Jahre 2006 das Teillohn-Pilotprojekt der Sozialen Stellenbörse mit Einsatzmöglichkeiten im ersten Arbeitsmarkt gestartet, welches die Vermittlung von jungen Erwachsenen an Firmen ermöglicht. Das in der Sozialhilfe sukzessive eingeführte Gegenleistungsprinzip soll junge arbeitsfähige Erwachsene, die sämtliche Integrationsangebote ignorieren und/oder verweigern, mit dem nötigen Druck in den Integrationsprozess einbinden. Obschon die Bereitschaft zur Schaffung von Teilzeitstellen noch zögerlich wahrgenommen wird, darf dieses noch bis Ende 2008 laufende Teillohnprojekt bereits als Erfolg gewertet. So ist es gelungen einen Teil der Sozialhilfe beziehenden Menschen bei entsprechendem Bedarf und mit fachlicher Unterstützung wieder uneingeschränkt in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Vereinzelt erfolgte aus dem Teillohnprojekteinsatz auch eine Festanstellung.

Das Teillohnprojekt wird Ende dieses Jahres seine Pilotphase beenden. Danach werden die Projektverantwortlichen und der Regierungsrat festlegen, welches weitere Vorgehen Sinn macht.

In der immer wieder thematisierten Missbrauchsbekämpfung zeichnen sich grosse Erfolge ab. Über 300 Leistungsabklärungen erfolgten durch unangemeldete Hausbesuche. Das Konzept, aus den Wahrnehmungen der Fallführung heraus zu operieren, hat sich bewährt. Wohl als Folge der stringenten Fallführung sind die Rekurse gegen Verfügungen an Leistungsempfänger gegenüber dem Vorjahr um rund die Hälfte angestiegen. Dennoch, angesichts der mehreren Tausend Verfügungen, die die Sozialhilfe im Jahr erlässt, ist die Rekursquote jedoch gering, wenn berücksichtigt wird, dass es sich um die Existenzsicherung (also um das sog. „letzte Netz“) geht.

Produktgruppe 1: SOZIALHILFE

INTAKE

Die Zielsetzung 2007 wurde durch die gemessene Zielerreichung erfüllt.

Mit dem Intake – Verfahren wird sichergestellt, dass die Sozialhilfeunterstützung nicht oder nur kurzfristig (generell bis maximal 4 Monate) notwendig ist. Die Vorgabe, dass maximal 39% der Erstaufnahmen für Langzeitunterstützungen der Integration zugewiesen werden, wurde mit 32.2%

(Vorjahr 34.7%) weiterhin verbessert. Bei den 2'933 Erstaufnahmen wurden 943 Fälle der Integration weitergeleitet.

INTEGRATION

Auch im Bereich INTEGRATION hat ein substanzieller Fallrückgang stattgefunden (-493 Fälle/10%). Hier war der Fallrückgang bei jungen Erwachsenen (-18.5%) markant. Die erwähnten Massnahmen greifen. Der Begleitung und Beratung junger Erwachsener muss auch in Zukunft hohes Gewicht beigemessen werden.

FÖRDERUNG

Die enge Zusammenarbeit zwischen der Sozialhilfe und dem Amt für Wirtschaft und Arbeit AWA, insbesondere mit der seit Mitte 2007 neu gebildeten Abteilung AIZ funktioniert gut. Allerdings konnten die Zielsetzung, wonach der Erfahrungswert von 35% aller neu eingetretenen Klientinnen und Klienten an die Fachstelle für Arbeit FfA zur Abklärung überwiesen werden, mit 637 Überweisungen (31%) nicht ganz erreicht werden. Dies wohl als Folge der operativen Neustrukturierung mit dem Wechsel der Aufgabe von der Sozialhilfe zum AWA.

Produktgruppe 2: ASYL

INTAKE

Die Asylgesuche und damit verbunden die Zuweisungen an die Sozialhilfe waren gegenüber dem Vorjahr weiterhin rückläufig. Trotzdem kam es im Betrieb des Intake Asyl – das laufend 30 Plätze unterhält – zu Engpässen. Es mussten Familien in Notwohnungen untergebracht werden. Hinsichtlich der Gestaltung von Tagesstrukturen besuchte die überwiegende Zahl der Bewohner Deutschkurse, nahm an externen Beschäftigungsprogrammen teil, oder konnte intern beschäftigt werden.

INTEGRATION

Die Überprüfung auf korrekte wirtschaftliche Hilfe zeitigte gute Ergebnisse. Die Fehlerquote war wiederum gering. Die Zusammenarbeit mit beteiligten Stellen verlief reibungslos. Unbefriedigend ist nach wie vor die räumliche Situation an der Dornacherstrasse 43, da diese Liegenschaft für gezielte Gruppenangebote zu eng ist.

UNTERBRINGUNG

Die zur Verfügung stehenden Plätze zur Unterbringung von Asylsuchenden waren praktisch das ganze Jahr voll belegt, sodass zusätzliche Notwohnungen angemietet werden mussten.

Produktgruppe 3: SUBSIDIARITÄT

VERSICHERUNGEN

Die Zielvorgabe, wonach sowohl im Intake wie in der Integration alle Dossiers im Hinblick auf Subsidiarität überprüft sind, konnte bei den Langzeitfällen nicht erfüllt werden. Hier besteht noch Nachholbedarf. Im Rahmen der Interinstitutionellen Zusammenarbeit IIZ werden Massnahmen geprüft die zu einer Verbesserung der Situation führen sollen.

ALIMENTE und RÜCKFORDERUNGEN

Keine Bemerkungen

Wechsel der Sozialhilfe zum Kanton

Der Grosse Rat hat in seiner Sitzung vom Mittwoch, 9. April 2008 den Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates (Kommissionsmehrheit) zum Ratschlag Nr. 06.1706.01 und den Bericht der Kommissionsminderheit, den Mitbericht der Finanzkommission sowie den Mitbericht der gemeinsamen Subkommission „Sozialkosten“ von der Finanzkommission und Gesundheits- und Sozialkommission behandelt. Mit 60 : 53 Stimmen folgte der Grosse Rat der Kommissionsmehrheit der Gesundheits- und Sozialkommission und beschloss, das Sozialhilfegesetz vom 26. Juni 2000, wie folgt zu ändern:

://: § 25 wird aufgehoben.

In § 25, Absatz 1 ist festgehalten: *Der Regierungsrat delegiert die Aufgaben der öffentlichen Sozialhilfe für die Einwohner und Einwohnerinnen der Stadt Basel ganz oder teilweise über Leistungsvereinbarungen an die Bürgergemeinde der Stadt Basel.*

Der engagierte Einsatz zahlreicher Mitglieder der Bürgergemeinde für einen Erhalt der Sozialhilfe bei der Bürgergemeinde war damit (zunächst) erfolglos. Gegen den Grossratsbeschluss vom 9. April 2008 hat ein überparteiliches Komitee das Referendum eingereicht. Mit weit über 2000 eingereichten Unterschriften, welche am Samstag, 24. Mai, um 17.00 Uhr, im Rathaus eingereicht wurden, dürfte das Referendum zustande gekommen sein, sodass im kommenden Herbst das Basler Stimmvolk über die künftige Zugehörigkeit der Sozialhilfe endgültig an der Urne entscheiden dürfte.

Ursache eines Wechsels der Sozialhilfe war der Beschluss des Regierungsrates, welcher auf der Basis der neuen Kantonsverfassung, die Verwaltungsreorganisation RV 09 lanciert hat, die derzeit umgesetzt wird. So soll die Sozialhilfe der Stadt Basel ins neu zu bildende Wirtschafts- Sozial- und Umweltdepartement integriert werden. Von dieser Massnahme verspricht sich der Regierungsrat erhebliche Synergien, allerdings unter Inkaufnahme jährlicher Mehraufwendungen in Höhe von CHF 2.5 bis 3 Mio. Nach Meinung des Regierungsrates dürften die zu erwartenden Einsparungen durch Synergieeffekte die Mehraufwendungen mehr als kompensieren.

Die Leitung der Sozialhilfe und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sozialhilfe befinden sich damit in einer Situation der ungewissen Zukunft. Bleibt die Sozialhilfe weiterhin ein langjährig bewährtes Standbein der Bürgergemeinde oder gehört die Sozialhilfe bald dem neuen WSU an, dies die offene Frage. Insbesondere für die Leitung der Bürgergemeinde stellt diese Ungewissheit eine erhebliche Belastung dar, da beide Optionen im Auge behalten werden und in einem gewissen Masse auch geplant werden müssen. In dem für die Bürgergemeinde ungünstigen Falle, bei einem Wechsel der Sozialhilfe zum Kanton, verbleibt der Geschäftsleitung nur gerade ein Vierteljahr für die Umstellung auf die neuen Gegebenheiten. Eine Herausforderung, um die die Geschäftsleitung der Sozialhilfe wenig zu beneiden ist und die zu einer enormen Arbeitsbelastung geführt hat und noch immer führt. Derzeit kann nicht abgeschätzt werden, ob die Sozialhilfe weiterhin in der Bürgergemeinde bleiben kann oder ob der Bürgergemeinde ein bedeutender, hervorragend geleisteter Auftrag entzogen wird, was sehr zu bedauern wäre.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben auch im Berichtsjahr 2007 sehr gute Arbeit geleistet für die ihnen hohe Anerkennung gebührt. Mit ihrem Einsatz auf allen Stufen und ihrem engagierten und innovativen Begehen neuer Wege zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Hilfe zur Selbsthilfe für unterstützungsbedürftige Menschen leisten sie den Betroffenen und der Stadt Basel hervorragende Dienste.

4.3 Waisenhaus

4.3.1 Allgemeine Bemerkungen

Die Sachkommission hat den Verwaltungsbericht in ihrer Sitzung vom 5. Mai zur Kenntnis genommen und eingehend diskutiert. Für das Berichtsjahr konnte sie einmal mehr feststellen, dass im Waisenhaus mit sehr viel Engagement und auf qualitativ hohem Niveau gearbeitet wurde und wird. Herrn Valentin von der Mühl und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gebührt uneingeschränkt Dank und Anerkennung.

4.3.2 Produktgruppe 1 Pädagogik-Heim

Die mit dem Kanton für die Jahre 2008 bis 2011 ausgehandelte Leistungsvereinbarung gibt Anlass zur Hoffnung, dass das Leistungsangebot „Durchgangsgruppe“ fürderhin kostendeckend durchgeführt werden kann. Es darf auch davon ausgegangen werden, dass für einen dringend benötigten Neubau der Liegenschaft Durchgangsgruppe die erforderlichen Mittel vorhanden sein werden.

4.3.3 Produktgruppe 2 Pädagogik-Übrige

Mit der Umsetzung des neuen Organigramms wurde erfolgreich die Basis für die Schaffung von Transparenz zwischen den beiden PG 1 und 2 geschaffen. Das schaffte auch Vertrauen für die Verhandlungen mit dem Kanton.

Mit besonderer Genugtuung konnte die Sachkommission die prächtige Entwicklung des Projekts „Mittagstisch Wettstein“ zur Kenntnis nehmen. Diese Einrichtung eignet sich in besonderer Weise zur Förderung des Kontakts mit den Kindern im Quartier. Allerdings ist auf Grund der sehr guten Akzeptanz abzusehen, dass der Mittagstisch bald einmal an seine Kapazitätsgrenzen stoßen wird.

4.3.4 Produktgruppe 3 Services

Auch hier ist von einem erfreulichen Ergebnis zu berichten. Insbesondere hält die gute Auslastung im Vermietungssektor an.

Die Rechnung erlitt jedoch eine Einbusse, weil dringende Sanierungsarbeiten in der Fruchtschütte und im Kreuzgang vorfinanziert werden mussten.

4.3.5 Produktgruppe 4 Kultur

Die Erhaltung der denkmalgeschützten Bausubstanz auf dem Waisenhausareal ist noch nicht gesichert. Die amtlichen Mühlen mahlen nicht im wünschbaren Tempo. Mit großer Sorge nimmt die Kommission zur Kenntnis, dass die Finanzvorlage noch nicht vor den Grossen Rat gelangt ist. Exponentiell steigende Sanierungskosten mahnen indessen zur vordringlichen Behandlung des Geschäfts im Parlament.

5. Antrag

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragt die Aufsichtskommission dem Bürgergemeinderat, den 132. Jahresbericht des Bürgerrates über das Jahr 2007 zu genehmigen sowie von den Jahresberichten und Jahresrechnungen 2007 der Sozialhilfe der Stadt Basel und der Christoph Merian Stiftung Kenntnis zu nehmen.

Namens der Aufsichtskommission
Der Präsident: Dr. Dieter Werthemann

28.5.08